



Interviews

Datum: 17. Juli 2023

Norbert Röttgen, CDU-Außenpolitiker im Gespräch mit Bettina Klein

Bettina Klein: Die letzten Schiffe mit Getreide konnten den Hafen von Odessa am Wochenende verlassen. Doch bisher weigert sich Wladimir Putin, das Getreideabkommen mit der Ukraine zu verlängern. Das ist nur eine Fassade der aktuellen Lage in der Ukraine heute Morgen und wir können darüber jetzt sprechen mit dem CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen. – Ich grüße Sie, Herr Röttgen!

Norbert Röttgen: Einen guten Morgen, Frau Klein.

Klein: Wie beurteilen Sie, um damit mal zu beginnen, was die Situation um das Getreideabkommen im Augenblick angeht? Welche Chancen für eine Wiederaufnahme bestehen im Moment Ihrer Meinung nach?

Röttgen: Es ist ja im Grunde die Wiederholung der Erpressung, die Putin vor einem Jahr gemacht hat. Da hat er die Blockade der ukrainischen Häfen auch in letzter Minute beendet. Er nimmt die hungernden Menschen in Afrika als Geisel, um von dem Westen ein politisches Lösegeld zu erpressen.

Zweitens: Wenn der Getreidepreis weltweit steigt, ist das für Russland auch ein gutes Geschäft, weil Russland ja ein großer Getreideexporteur ist. Am Ende kann man sich dann immer noch als der Wohltäter der Welt erweisen.

Das ist ein böses Spiel von ihm. Es spricht viel dafür, dass er es schlicht wiederholt, und man kann es am Ende nur hoffen, weil die Leidtragenden sind ja die Menschen, die nichts zu essen bekommen.

Klein: Das klingt so, als würden Sie damit rechnen, dass Putin doch noch in letzter Minute unter den bisherigen Bedingungen einlenkt.

Röttgen: Unter den bisherigen Bedingungen weiß ich nicht. Er befristet ja, um immer neues Lösegeld zu erpressen. Das ist das Verhaltensmuster von Erpressern und da er ein Erpresser ist, glaube ich, wird er sich verhalten wie ein Erpresser, nämlich er will mehr Lösegeld und er wird auch etwas Lösegeld bekommen.

Klein: Was Sie als Lösegeld jetzt bezeichnen, das ist vor allen Dingen die Forderung nach Lockerung von Sanktionen, die die EU, die die Staatengemeinschaft verhängt hat. Welchen Handlungsspielraum gibt es da Ihrer Meinung nach? Sollte die Europäische Union zum Beispiel oder auch die UNO sich darauf einlassen?

Röttgen: Da ist schwer Rat zu geben von außen, weil einerseits nimmt Putin Geiseln, viele, viele Millionen Menschen, die hungern, und andererseits darf man sich auf den Erpresser nicht grenzenlos einlassen, weil die nächste Erpressung wird ja folgen. Das ist dieses Machtspiel mit dem Erpresser, das nun stattfindet.

Er ist ein Verbrecher und ich glaube aber, dass es mit diesem Verbrecher wieder eine Verständigung über die Zahlung von Lösegeld gibt, damit Menschen nicht vor Hunger sterben.

Klein: Schauen wir vielleicht mal auf die Rolle der Türkei, Herr Röttgen. Präsident Erdogan hat offensichtlich – das hat unsere Korrespondentin vor einer halben Stunde hier berichtet – durch seine Positionierung im Umfeld des NATO-Gipfels möglicherweise an Vertrauen beim russischen Staatschef eingebüßt. Erdogan sprach am Freitag noch davon, es würde Bewegung geben. Davon hört man jetzt nicht mehr sehr viel. Ändert sich da möglicherweise nach Ihrer Beobachtung gerade auch etwas im Kräfteverhältnis, eventuell auch mit Blick auf die Türkei?

Röttgen: Das glaube ich nicht. Es ist ja sowieso keine Vertrauenssache zwischen Erdogan und Putin, sondern es ist ein Abgleich von Interessen, die auch Erdogan immer wieder bereit ist vorzunehmen. Erdogan hat jetzt auf dem NATO-Gipfel Bewegungen gemacht, die erfreulich waren innerhalb der NATO, die man zwar ohnehin von einem NATO-Partner erwarten können sollte, aber er hat den Weg freigemacht für Schweden und er hat auch dem Ukraine-Beitritt zur NATO grünes Licht gegeben. Erdogan war kein Verhinderer dieser Entscheidung.

Ich glaube, dass sich an der Interessenlage zwischen der Türkei und Russland nichts geändert hat, und für Putin zählt Stärke und Erdogan ist jetzt in der NATO etwas stärker geworden. Ich glaube nicht, dass das seine Verhandlungsposition gegenüber Putin schmälert.

Klein: Dann nehme ich mit, ganz ausgeschlossen ist das nicht, dass die Türkei dort möglicherweise weiter verhandeln können wird. – Bleiben wir bei dem zuletzt genannten Stichwort. Wo steht denn die Ukraine heute, nach diesem NATO-Gipfel vergangene Woche und in ihrer Gegenoffensive?

Röttgen: Sie steht in einer sehr schwierigen Situation, weil die Gegenoffensive, wie man inzwischen immer lesen kann, viel schwerer ist, als eine Defensive zu organisieren. Und sie besteht darin, dass das verlustreich ist, dass es schwierig ist, die Punkte zu identifizieren, an denen man durchbrechen kann und die wirkliche Gegenoffensive starten kann. Der Hauptschlag hat ja noch nicht begonnen, sondern es ist ein Ausprobieren, auch ein Erforschen, was ist die beste Stelle, welche Taktik kann man anwenden. Das ist verlustreich.

Der Durchhaltewillen ist ungebrochen groß. Waffen sind auch in guter Ausstattung da. Aber sie reichen für einen großen Schlag und nicht für einen Fehlschlag, sondern es muss dann funktionieren. Man sieht darum jetzt die Schwächen des Westens, dass wir uns nicht darauf eingestellt haben, mehr zu produzieren, mehr zu liefern, obwohl alles absehbar war, und die Entscheidung, auf dem NATO-Gipfel in Vilnius nicht klar eine Einladung für die Zeit nach dem Krieg in die NATO auszusprechen, hat psychologisch eine riesige Enttäuschung in der Ukraine ausgelöst.

Klein: Das Argument da, Herr Röttgen, ist ja, mehr ging nicht, weil sonst die NATO in irgendeiner Form in den Krieg hineingezogen worden wäre oder werden würde. Das war insbesondere die Position der US-Regierung und auch der deutschen Regierung. Weshalb können Sie dieses Argument nicht nachvollziehen?

Röttgen: Weil das Argument logisch zu widerlegen ist. Denn keiner, auch in der Ukraine, auch Präsident Selenskyj, hat gefordert, NATO-Beitritt solange der Krieg dauert. Das heißt, darüber wurde nie gesprochen, und das ist darum auch sehr unfair, wenn immer dieses Argument genannt wird, obwohl es auf das, was gewollt worden ist, von denen, die es unterstützt haben, und der Ukraine nie gewollt worden war, nämlich Ukraine-Beitritt jetzt. Es ging immer um den Ukraine-Beitritt nach dem Krieg und den festen Willen, dass dann die Ukraine, wenn der Krieg vorbei ist, beitreten kann. Darum ging es immer und darum ist das Argument schlicht falsch.

Klein: Was hätte Ihrer Meinung nach drinstehen müssen in diesem NATO-Kommuniqué, um die Enttäuschung, wie Sie sagen, die in der Ukraine noch verbreitet sei, zu lindern?

Röttgen: Der ehrliche Ausdruck des Willens, die Ukraine nach dem Krieg, wenn nicht mehr die Gefahr einer Kriegsbeteiligung der NATO droht, in die NATO auch aufzunehmen, aus allen Gründen, die dafür offensichtlich sind, denn die Ukraine sichert Frieden und Sicherheit in Europa. Das ist das, warum die NATO gegründet worden ist. Wenn es Zonen von Unsicherheit gibt, wenn die Ukraine ein Land von Unsicherheit bleibt, von mangelnder Unterstützung, dann ist es die Einladung an Putin oder sein Nachfolge-Regime, den Rachefeldzug zu planen und durchzuführen in einigen Jahren. Das ist das ureigenste Interesse der NATO und

vor allen Dingen der europäischen NATO-Staaten, aber auch der USA, dauerhaft nun für Sicherheit in Europa zu sorgen, und das geht nur durch die Abschreckung der kollektiven Verteidigung.

Klein: Ich entnehme Ihren Worten, ich höre ein bisschen heraus, auch im Augenblick heute Morgen, doch einigen Pessimismus, Herr Röttgen. Zum einen, was die militärische Ausstattung der Ukraine angeht, aber auch, was jetzt die weitere Entwicklung in Sachen NATO angeht. Mit welcher Entwicklung rechnen Sie in den nächsten Wochen und Monaten?

Röttgen: Was die NATO anbelangt, glaube ich, dass dieser NATO-Gipfel die historische Chance verpasst hat. Aber der geschichtliche Druck, dass sich das verändert, der wird bleiben. Die Ukraine wird Mitglied der NATO werden, weil das so offensichtlich ist in der historischen Notwendigkeit. Da bin ich ganz positiv.

Ich fürchte nur, dass dieser Krieg länger dauern wird, vor allen Dingen auch deshalb, weil die Ukraine immer mit dem Mangel an Munition andauernd und an Waffen es zu tun hat und jetzt in einer offensiven Position ist, die russischen Truppen sich eingegraben haben und der Ukraine auch strategische Fähigkeiten, nämlich Flugzeuge und Langstreckenraketen anhaltend fehlen. Unter diesen Bedingungen eine Offensive zu machen - das ist die militärische Analyse eigentlich aller -, das ist sehr, sehr schwierig, und darum wird es, fürchte ich, länger dauern, und das ist keine gute Nachricht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.